

## Frage des Tages

Werden Sie für einen Museumsbesuch ins St.-Johann-Quartier fahren?

Am Mittwoch entscheidet der Grosse Rat, ob der Neubau des Naturhistorischen Museums realisiert wird. [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:  
Sollen in der St.-Alban-Vorstadt die Trottoirs entfernt werden?



## Zum Planungsmoratorium Autobahn-Westring Die Mär vom Mehrverkehr

Von Daniel Wahl



Immer wenn der Bau einer neuen Strasse wie des Westrings – einer vierspurigen Autobahn um den Süden von Basel mit Anschluss an die Nordtangente – ins Auge gefasst wird, wird losgehüpft wie auf überfüllten Kreuzungen: «Neue Strassen schaffen in erster Linie zusätzlichen Autoverkehr.» Das schreiben diesmal 14 Grossräte aus den Reihen der SP, der Grünen und der Grünliberalen, die in einem politischen Vorstoss ein Westring-Planungsverbot fordern, das einem eigentlichen Denkverbot für die Lösung der Stau-Probleme in der Region Basel gleichkommt. Es ist ihnen zuzutrauen, dass sie morgen im Grosse Rat mit ihrem demagogischen Argument reüssieren.

Dass Strassen zusätzlichen Verkehr erzeugen, ist die Mär des letzten Jahrhunderts und wird durch gebetsmühlenartiges Wiederholen nicht wahrer. Als ob Autofahrer heute Lust hätten, sich auf neuen Strassen im Stau

zu wälzen und Krankenwagen zu behindern. Als ob Fahrzeuglenker das Erlebnis einer Spazierfahrt in einem Tunnel suchen, um für die Statistik neuen Verkehr zu erzeugen. Nein, wer sich heute in die Blechlawinen begibt, hat eine Notwendigkeit vorzuweisen – zugegebenermassen sind die Begründungen, warum ein Lenker das Auto wählt, manchmal etwas dünner, meist aber gut begründet. Sei es als Handwerker, der Gipsplatten ans Ziel zu karren hat, oder als Verwandter, der die gehunfähige Grossmutter in die Therapie chauffieren sollte.

Es lohnt sich deshalb, sich mit der wahren Herkunft des Mehrverkehrs auseinanderzusetzen. In erster Linie, so rechnen die Ökonomen vor, korreliert Verkehr nicht mit neuen Strassen, sondern mit dem Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum. Und davon ist die Region verglichen mit der übrigen Schweiz überproportional «gesegnet» – wie übrigens alle Grossagglomerationen. Jährlich erlebt die Schweiz eine Zuwanderung von 60 000 bis 100 000 Personen – in der Grössenordnung der Population der Stadt St. Gallen. Ausgerechnet die Linke, die den Strassenbau bekämpft, setzt sich im

Gegenzug für Masseneinwanderung und offene Grenzen ein. Mit dieser Form der Globalisierung nimmt man zwangsläufig mehr Verkehr in Kauf.

Ich weiss nicht, was sich die Schöngeister dabei denken. Haben diese eingewanderten Menschen kein Recht auf Freizeit in den Bergen? Braucht das Heer von neuen Bürgern nicht mehr Waren, die für sie transportiert werden

### Die Verkehrsflächen sind parallel zum Bevölkerungswachstum stetig reduziert worden.

und gekauft werden müssen? Sollten sie am Ende als Geistwesen an ihre Arbeitsplätze schweben, ohne Transportmittel und Strassen benutzen zu dürfen? Wenn man den Bau des Biozentrums in Basel ohne neue Parkplätze als Messlatte nimmt, muss man diese ideologische Grundhaltung leider vermuten.

Es gibt eine raumplanerische Faustregel, die besagt, dass die Verkehrsfläche für die Bevölkerung gleich gross sein muss wie die Wohn- und Arbeitsfläche – egal, welche Verkehrsträger

sich auf den Trassees bewegen. Doch in diesen letzten, egozentrisch geprägten Jahrzehnten ereignete sich Folgendes: Die Linke von Basel will jede Grünfläche überbaut haben; man erinnere sich an die Stadtentwicklung Ost und Süd. Basel plant Türme und Hochhäuser (ein Verantwortlicher für die Planung der SBB-Bahnhof-Logistik und des Meret-Oppenheimer-Hochhauses sagte mir, dass die dortige Infrastruktur auf 800 Lastwagen pro Tag ausgerichtet sei!) und will mit Wohnförderungsprogrammen die magische Grenze von 200 000 Einwohnern knacken. Und das alles, ohne eine neue Strasse zu bewilligen. Darüber hinaus ist auch seit dem Bau des Adlertunnels für den ÖV kein einziges Trassees zur Verfügung gestellt worden.

Im Gegenteil: Die Verkehrsflächen sind in unserer Region parallel zum stetig wachsenden Volumen reduziert worden – durch Verengungen, Rückbau und Schliessungen. Das eher autofreundlichere Baselbiet ist in dieser Haltung gar nicht ausgenommen. Im Leimental und im Birstal prägen seit Jahren die Baukräne das Landschaftsbild. Während der Mehrfamilienhäuserbrei schwillt, bleiben die Verkehrsflächen

bestenfalls erhalten. Das ist eine unehrliche Raumplanungspolitik. Sie nimmt in Kauf, dass das System in Basel kollabiert und Krankenwagen im Stau stecken bleiben.

Die 14 Grossräte, die dies wollen, behaupten auch, dass der Verkehr in der Zukunft rückläufig sei. Einen Beleg dafür bringen sie nicht. Dabei ist seit Menschengedenken in einer fortschrittsorientierten und technisch entwicklungsfreudigen Gesellschaft das Gegenteil zu erwarten – im Zeitalter, wo man gerne bei Zalando drei Schuhkartons bestellt und zwei davon wieder retourniert.

Recht haben die 14 Politiker, wenn sie erklären, dass mit der sogenannten Elba das Verkehrsprojekt für die Anbindung Leimental an der Urne verworfen worden ist. «Zusammen mit der Aufnahme von ÖV-Projekten in die Richtpläne», hätten sie ehrlicherweises ergänzen müssen. Zu behaupten, dass keine neue Strasse, kein Westring vom Volk gewollt wird, ist so kühn und falsch wie die Aussage, es brauche keinen ÖV-Ausbau, nach den Absagen an der Urne an das Erlentram- und an den Margarethenstich.

daniel.wahl@baz.ch

## «Der Museumsbau gehört vors Volk»

SVP will Entscheidung über 214-Millionen-Projekt nicht allein dem Parlament überlassen

Von Franziska Laur

**Basel.** Die Stadt soll einen neuen architektonischen Leuchtturm erhalten. Morgen muss der Grosse Rat über einen Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs beim Bahnhof St. Johann abstimmen. Dazu beantragt die Regierung einen Kredit von rund 214 Millionen Franken. Das Projekt dürfte im Parlament umstritten sein. Doch auch nach einem Ja wären noch nicht alle Hürden überwunden. Denn die SVP überlegt sich das Referendum.

Die Ausgangslage ist folgende: Das Staatsarchiv an der Martinsgasse sowie das Naturhistorische Museum an der Augustinergasse sind stark renovationsbedürftig. Für eine Sanierung müssten die Pforten wohl zwei, drei Jahre lang schliessen. Ausserdem fehlt gemäss Ratschlag der Regierung beiden Institutionen Platz. Nun soll es zu einer Rochade kommen. Das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv kämen in den Neubau im St. Johann. Und das Antikenmuseum vis-à-vis des Kunstmuseums käme in den grossen Berri-Bau an der Augustinergasse. Dies dürfte dann nochmals eine Stange Geld kosten.

### Zentrale Lage wird aufgegeben

Morgen dürfte im Grosse Rat ausführlich diskutiert werden. Einerseits aufgrund der hohen Kosten. Was noch schwerer wiegen dürfte: Heute liegt das Naturhistorische Museum an zentraler Lage in der historischen Innenstadt, nahe anderer Museen.

«Wir gehen davon aus, dass diejenigen, die in die Stadt kommen, um Museen zu besuchen, nicht noch in Aussenquartiere fahren wollen», sagt Lorenz Nägeli, Präsident der Basler SVP. Jetzt sei man innert fünf Minuten im Kunstmuseum, im Antikenmuseum, im Historischen Museum, im Museum der Kulturen und im Naturhistorischen Museum. «Wir werden das Referendum prüfen», sagt er. Entscheiden werde man allerdings erst nach der Grossratsitzung. «Ich bin jedoch der Ansicht, das Projekt ist zu gewichtig, um die Meinung nur dem Parlament zu überlassen. Über den Museumsbau sollte das Volk entscheiden.»

Auch in der FDP ist das Projekt umstritten. An der gestrigen Fraktionssitzung allerdings zeigten sich die Mitglieder nicht kämpferisch. «Wir werden das Referendum nicht unterstützen»,



**Architektonischer Meilenstein.** Der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs beim Bahnhof St. Johann soll mehr Platz schaffen und das Quartier aufwerten.

sagte Fraktionspräsident Luca Urgese. Man habe kontrovers diskutiert und es gebe unterschiedliche Meinungen. So wird die FDP morgen im Grosse Rat einen Rückweisantrag stellen. Dabei gehe es um die Betriebskosten, die «viel zu hoch seien». Diese sind um zwei Millionen höher als ursprünglich von der Ratskommission gefordert.

In der CVP-Fraktion unterstützt man das Projekt. «Wir werden es kritisch begleiten», sagte allerdings Beatrice Isler. Ihre persönliche Meinung verhehlt sie nicht: «Ich begreife, dass das Staatsarchiv einen Neubau braucht. Ich frage mich jedoch, weshalb man das Museum auch noch dorthin verfrachten muss.» Es sei doch wunderbar, dass die Museen so nahe beieinander liegen. Und sie fragt sich auch, welche versteckten Betriebskosten ein solcher Neubau generiert. Dem Heimatschutz Basel liegt die bauliche Seite des Naturhistorischen Museums am Herzen.

Architekt war Melchior Berri (1801–1854). Der in Münchenstein Aufgewachsene konnte durch diesen Bau überregionale Bedeutung erlangen. «Der Verein verlangt, dass bei der geplanten Renovation der originale Zustand des Gebäudes so weit wie möglich wiederhergestellt wird», sagte Christof Wamister, Präsident des Heimatschutzes Basel. Man verfolge die Museumsdebatte genau.

### «Eine grosse Dummheit»

Klare Worte findet Uta Feldges, langjähriges Vorstandsmitglied des Basler Heimatschutzes. «Ich persönlich finde es eine grosse Dummheit, das Museum an den Stadtrand zu bauen. Ich erlebe vor allem am Sonntag eine grosse Belebung des Museums durch Familien mit Kindern.» In anderen Städten sei es gang und gäbe, ein Museum aufgrund einer Renovation mal eine gewisse Zeit zu schliessen.

«Ich finde eine Schliessung schwierig», findet Oswald Inglin (CVP), Präsident der Ratskommission: «Das ist für Schulklassen ein grosser Verlust, wenn man bedenkt, dass jährlich 1200 das Naturhistorische Museum besuchen.» Ein modernes Museum sei gerade im Hinblick auf die vielen jungen Besucher wichtig. «Da ist ein Einfrieren der Entwicklung unmöglich. Das wäre der Fall, wenn es an der Augustinergasse bleiben würde.»

Mit einem Neubau hingegen würde es einen enormen Schub geben, sagt Inglin. Man könne dann auch hinter die Kulissen sehen. Und schlussendlich gehe es auch um die Entwicklung des St.-Johann-Quartiers. «Dieser Neubau würde ein architektonischer Meilenstein und dem Quartier in jeder Hinsicht guttun.» Ausserdem, so Inglin, sei das Naturhistorische Museum nicht ein Touristenmuseum wie andere, das im Stadtkern stehen müsse.

## Fragen zum Klybeck-Areal

Interpellation an die Regierung

Von Martin Furrer

**Basel.** Eine Fläche von 42 Fussballfeldern wird im Norden Basels in den nächsten Jahren frei zum Wohnen und Arbeiten. Das Klybeck-Areal, auf dem die Unternehmen BASF und Novartis tätig waren, soll sich in ein «urbanes Stadtquartier» verwandeln. 2016 vereinbarten die Konzerne mit dem Baudepartement eine «optimale Transformation der Areale». BASF und Novartis als Grundeigentümerinnen wollten mit dem Kanton Basel-Stadt «die Planung gemeinsam angehen».

Doch jetzt scheinen sie ihre Areale loswerden zu wollen, wie die *Basellandschaftliche Zeitung* schrieb. Novartis-Sprecher Daniel Zehnder bestätigte der BaZ, Novartis suche den «Austausch mit potenziellen Investoren», halte sich aber «hinsichtlich des Entscheids sowie des möglichen Zeitpunkts eines potenziellen Arealverkaufs alle Optionen offen». Auch BASF-Sprecher Franz Kuntz bestätigt Gespräche mit Investoren, sie seien aber nicht abgeschlossen.

SP-Grossrat Jörg Vitelli setzt sich dafür ein, dass der Kanton, der ein Vorkaufsrecht für ein Sechstel hat, das gesamte Areal kauft. Das Klybeck-Areal dürfe «nicht zum Spielball von Grossinvestoren und Spekulanten werden», so Vitelli. Gebe der Kanton das Grundstück später im Baurecht ab, könne er «auf sich verändernde Entwicklungen reagieren». Bei der Erlentram-Überbauung am ehemaligen DB-Güterbahnhof habe Basel diese Chance verpasst. In einer Interpellation fragt Vitelli die Regierung, was sie zu tun gedenke, damit «sich im Klybeck der Fall Rosental nicht wiederholt».

## Andreas Ungricht tritt zurück

Neuer SVP-Fraktionspräsident

**Basel.** Mit dem Ende des zweiten Amtsjahrs der Legislaturperiode hat Grossrat Andreas Ungricht seinen Rücktritt als Fraktionspräsident der SVP Basel-Stadt angekündigt. An der gestrigen Fraktionssitzung wurde Grossrat Pascal Messerli zu seinem Nachfolger gewählt, wie aus einer Medienmitteilung von gestern Abend hervorgeht. Messerli ist Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und hat im Sommer seinen Master in Jura abgelegt. and